

## **Ministerpräsident Oliver Paasch über den neuen Haushalt**

Als einziger Gemeinschaft in Belgien  
ist es uns in den letzten Jahren gelungen  
ausgeglichene Haushaltsergebnisse zu erzielen.

Und noch vor 3 Monaten gingen wir davon aus,  
dass wir das auch in diesem Jahr schaffen würden.

Der Rechnungshof hatte uns für 2020 erneut eine schwarze Null bestätigt.

Was dann aber kam,  
viele Vorredner haben es beschrieben,  
ist einmalig in der jüngeren Geschichte.

Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben  
wurde wegen der Corona-Pandemie  
weitgehend lahmgelegt.

Die immer noch notwendigen sanitären Einschränkungen  
erlauben auch 3 Monate nach dem Lockdown  
keine Rückkehr zu einem normalen Leben.

Die wirtschaftlichen Folgen sind dramatisch.

Die Steuereinnahmen des Staates  
und damit auch die Einnahmen der DG  
brechen in einem nie gekannten Ausmaß ein.

Wir erleben gerade die größte Rezession  
seit der Großen Depression in den 1930er Jahren.

Am 06. Februar ging das föderale Planbüro für Belgien noch von einem positiven Wachstum in Höhe von 1,1 % aus.

Nur 8 Wochen später,  
korrigierte das Planbüro diese Wachstumsprognose  
um sage und schreibe 9,1 % nach unten  
auf Minus 8 %.

Heute geht das Büro davon aus,  
dass die Wirtschaft sogar um 10,6 % schrumpfen könnte.

Einen solch dramatischen Absturz  
innerhalb weniger Wochen  
hat unser Land noch nicht erlebt.

Als einzige Regierung unseres Landes,  
wollen wir dieser Entwicklung heute  
mit einer Haushaltsanpassung Rechnung tragen.

Der Rechnungshof hat diese transparente Vorgehensweise ausdrücklich gelobt.

Grundlage für die Haushaltsanpassung  
sind die Prognosen des Planbüros vom 08. April.

Zum Zeitpunkt der Haushaltsvorstellung waren das die aktuellsten Zahlen.

Das Planbüro hatte damals ein Negativwachstum von 8 % errechnet.

Dadurch sinken die Einnahmen der DG alleine in den Jahren 2020 und 2021 um sagenhafte 28 Millionen EUR.

Die Auswirkungen dieses Absturzes auf unsere langfristige Haushaltsplanung habe ich Ihnen bereits in den Ausschlussdiskussionen aufgezeigt.

Mittlerweile hat das Planbüro neue Zahlen veröffentlicht.

Und die sind noch schlechter.

Wenn die Wirtschaft nicht um 8% sondern um 10,6% schrumpfen sollte, dann würden unsere Einnahmen alleine in den Jahren 2020 und 2021 um weitere 14 Millionen EUR sinken.

Dann würden die CORONA bedingten Einnahmenverluste der DG in diesem und im kommenden Jahr nicht 28 Millionen EUR sondern sogar 42 Millionen EUR ausmachen, mit millionenschweren rekurrenten Auswirkungen auf die Folgejahre.

Und auch diese Zahlen sind nicht definitiv.

Es kann noch schlimmer kommen; es kann aber auch sein, dass sich die Wirtschaft im 2. Halbjahr wieder etwas erholt.

Niemand kann die Auswirkungen der Coronakrise heute präzise voraussagen.

Das Planbüro veröffentlicht alle 2 Monate neue Zahlen.

Es ergibt natürlich keinen Sinn,  
alle 2 Monate eine Haushaltsanpassung vorzunehmen.

Der administrative Aufwand wäre unverhältnismäßig groß.

Wir berufen uns darum heute auf die Prognosen vom 08.04.  
und werden diese Zahlen dann bei der 2. Haushaltsanpassung  
nach dem Sommer noch einmal aktualisieren.

Mit dieser Vorgehensweise sind wir sehr viel transparenter als alle anderen.

Die entscheidende Frage ist natürlich,  
wie wir mit dieser völlig neuen Ausgangsposition umgehen,  
wie wir auf diese Krise finanzpolitisch reagieren.

Im Grunde stehen uns dabei 2 Möglichkeiten zur Verfügung:

Entweder wir passen unsere finanzpolitische Strategie der neuen Entwicklung an  
oder wir halten trotz der gigantischen Mindereinnahmen  
am Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes fest.

Ja, theoretisch könnte man an der schwarzen Null festhalten.

Das könnten wir;  
aber dann müssten wir erstens  
auf Hilfspakete und Investitionen gänzlich verzichten  
und zweitens  
darüber hinaus  
unsere laufenden Ausgaben kurzfristig  
um 30 und bis 40 Millionen EUR kürzen.

40 Millionen; das entspricht 10 % eines Jahreshaushaltes.

Dann müssten wir zum Beispiel im Unterrichtswesen,  
in den Wohn- und Pflegezentren oder auch in der Kinderbetreuung  
Gehälter drastisch kürzen  
und massenhaft Personal entlassen.

Anders würde es nicht gehen.

40 Millionen EUR innerhalb von 2 Jahren  
bei den laufenden Ausgaben einzusparen  
und danach rekurrent daran festzuhalten,  
das ist eine Mammutaufgabe.

Da reicht es nicht, im Ministerium zu sparen.

Selbst wenn Sie die gesamte Regierung  
mitsamt Personal und Funktionskosten komplett abschaffen,  
würden Sie dadurch nur 8 Millionen EUR einsparen.

Da würden alleine in den Jahren 2020 und 2021  
immer noch 32 Millionen fehlen.

Wenn Sie darüber hinaus auch noch

das gesamte Parlament mitsamt Verwaltung  
definitiv und komplett abschaffen,  
würden immer noch 19 Millionen fehlen  
und anderswo eingespart werden müssen.

Nein,  
wenn wir am ausgeglichen Haushalt festhalten wollten,  
dann müssten wir in den Bereichen Bildung, Soziales,  
Beschäftigung und bei den Gemeinden  
brutal, wirklich brutal sparen.

Anders ginge es nicht,  
weil mehr als 80 % all unserer laufenden Ausgaben in diese Bereiche fließen.

Das ist eine unbestreitbar mathematische Wahrheit.

Ich habe mich immer dafür ausgesprochen,  
jeden EUR zweimal rumzudrehen und überall dort zu sparen,  
wo das zu rechtfertigen ist.

Nur so waren wir als einziger Gliedstaat in Belgien in der Lage,  
ausgeglichene Haushalte zu erwirtschaften.

Aber Sparmassnahmen im 8-stelligen Bereich zu beschließen,  
ist nicht zu verantworten;

Dadurch entstünde ein wahnsinniger sozialer Kahlschlag.

Unzählige Menschen müssten darunter leiden,  
nichts würde mehr so sein wie es war.

Die Lebensqualität in Ostbelgien würde massiv und dauerhaft beschädigt.

Wertvolle Dienstleistungen,  
zum Beispiel in den Schulen, in der Gesundheitsversorgung,  
in der Seniorenpflege oder auch bei Kinderbetreuung,  
würden zusammenbrechen

Das können, das wollen und das werden wir als Regierung  
nicht verantworten.

Das werden wir nicht machen.

Stattdessen entscheiden wir uns für die 2. Möglichkeit  
auf diese Krise zu reagieren  
und schlagen Ihnen eine neue,  
angepasste **finanzpolitische Strategie mit drei Bausteinen** vor.

Zunächst – **erster Baustein** -  
wollen wir **den Menschen** in dieser Krise  
mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln **helfen**.

Denn wenn wir jetzt nicht konsequent in Menschen,  
Einrichtungen und Dienstleistungen investieren,  
dann wird Vieles von dem,  
was unsere Lebensqualität in Ostbelgien ausmacht,  
nach der Krise verschwunden sein.

Wir haben deshalb eine Zuschussgarantie beschlossen,  
die zahlreichen Einrichtungen,  
dem Kulturbereich  
und dem gesamten nicht-kommerziellen Sektor zugutekommt.

Wir haben zudem einen Corona-Hilfsfonds  
in Höhe von 10 Millionen EUR eingerichtet,  
auf den vielen gemeinnützigen Organisationen  
in unserem Zuständigkeitsbereich zurückgreifen können  
– das gilt nicht zuletzt für unsere Krankenhäuser.

Zusätzlich dazu  
haben wir in all unseren Zuständigkeitsbereichen  
Zuschüsse vorzeitig ausgezahlt,  
um die Liquidität der Zuschussempfänger abzusichern;

Um die Auswirkungen der Krise  
auf unseren Arbeitsmarkt abzufedern  
haben wir ein beschäftigungspolitisches Unterstützungspaket  
auf den Weg gebracht.

Davon werden Betriebe und Arbeitnehmer gleichermaßen profitieren.

Um unsere Gemeinden und ÖSHZ zu unterstützen,  
haben wir für die Jahre 2020 und 2021  
eine Reserve in Höhe von 2,4 Millionen EUR angelegt.

Wir gehen also mit unserer Unterstützung  
für die deutschsprachigen Gemeinden und ÖSHZ  
sehr weit über das hinaus,



was in der Wallonie, in Flandern und in Brüssel für die Gemeinden vorgesehen wurde.

Den Bildungshaushalt erhöhen wir jetzt um 2 Millionen EUR, um zusätzliches Lehrpersonal einzustellen, die Kosten für abgesagte Klassenfahrten zu übernehmen und die digitale Ausrüstung der Schulen zu verbessern.

Wir investieren zudem massiv in die Wohn- und Pflegezentren unserer Gemeinschaft, verzichten auf Rückforderungen, gewähren Zuschussgarantien und erhöhen die Gehälter des Pflegepersonals in einem bislang nie gekannten Ausmaß.

Wir halten an unserem Versprechen fest, die im Sektorenabkommen vereinbarte spürbare Erhöhung der Gehälter für das Pflegepersonal in den Wohn- und Pflegezentren vorzuziehen.

Ursprünglich war mit den Sozialpartnern vereinbart worden, diese Gehaltserhöhungen in den Jahren 2022, 2023 und 2024 progressiv vorzunehmen.

Jetzt haben wir den Sozialpartnern vorgeschlagen, die Gehalterhöhungen linear, ohne Staffelung, integral und in vollem Umfang schon im September 2020 in Kraft treten zu lassen.

Darüber werden wir mit den Sozialpartnern  
in den nächsten Wochen weiter austauschen.

Die Pflegekräfte in den Wohn- und Pflegezentren  
werden also schon in Kürze  
sehr viel mehr verdienen,  
als ihre Kolleginnen und Kollegen im Landesinnern.

Und wir hoffen sehr,  
dass andere Entscheidungsträger in ihren Zuständigkeitsbereichen  
dasselbe tun werden.

Wir hoffen insbesondere,  
dass der Föderalstaat die Gehälter des Personals  
in den Krankenhäusern ebenfalls anheben wird.

Die Menschen haben es verdient!

Das hoffen wir, das fordern wir, dafür setzen wir uns ein.

Entscheiden kann das am Ende aber nur der Föderalstaat.

Und wir hoffen auch,  
dass der Föderalstaat  
eine steuerfreie Sonderprämie für die Pflegekräfte  
und andere Berufe beschließen wird.

Sollte er das tun,  
werden wir uns dem anschließen  
und zusätzliche Finanzmittel bereitstellen.

Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Steuerfreiheit.

Wenn die nicht gewährt wird,  
bleibt von einer solchen Prämie nämlich nicht viel übrig.

Im Gegenteil,  
ohne Steuerfreiheit drohen manche sogar Geld zu verlieren,  
weil sie in eine höhere Steuerklasse eingestuft würden.

Um die Kinderbetreuung zu unterstützen,  
haben wir beispielsweise allen Tagesmüttern  
eine Einkommensausfallentschädigung gewährt  
und ihnen dabei  
den maximal erlaubten steuerfreien Betrag  
zugestanden.

Unsere Tagesmütter erhalten also ein viel höhere Ausfallentschädigung  
als beispielsweise ihre Kolleginnen in der frankophonen Wallonie.

Die Finanzmittel für die Kleinkindbetreuung werden jetzt  
um 50 % bzw. um 1,1 Millionen EUR erhöht.

Das ist ein wirklicher Kraftakt zugunsten von Kindern und Familien.

Darüber hinaus haben wir entschieden,  
einkommensschwachen Familien im Oktober  
einen zusätzlichen Kindergeldbetrag zu gewähren.

Mehr als 2700 Kinder in der DG werden einen Zuschlag  
in Höhe von 235,88 EUR erhalten.

Das gibt es in dieser Größenordnung nirgendwo sonst in Belgien.

Erinnerung: wir zahlen ohnehin das höchste Kindergeld in ganz Belgien aus.

Um die Auswirkungen der Krise  
auf den Tourismusstandort Ostbelgien abzumildern,  
haben wir beschlossen,  
den HORECA-Betrieben,  
den Reisebusunternehmen und den Reisbüros  
in Zusammenarbeit mit den Gemeinden  
Prämien zwischen 2.500 und 10.000 EUR zu gewähren.

Insgesamt investieren wir in dieses Hilfspaket für den Tourismus  
mehr als 2,5 Millionen EUR.

Und nicht zuletzt haben wir etwa 5 Millionen EUR  
in den Ankauf von Schutzmaterialien  
für den Gesundheits- und Pflegesektor investiert.

Sie können das gerne überprüfen...,  
ich habe mit vielen Betroffenen darüber gesprochen:

Unsere Wohn- und Pflegezentren und Gesundheitsdienstleister  
wurden schneller und umfassender  
mit hochwertigem Schutzmaterial ausgestattet als andere.

Angesichts der großen Verzerrungen auf diesem Markt,  
war das für unsere kleine Verwaltung eine große Herausforderung.

Wir mussten mitunter kreative und unorthodoxe Wege beschreiten,  
um rechtzeitig 333.000 FFP-2 Masken,  
777.000 chirurgische Masken,  
350.000 Stoffmasken,  
628.000 Handschuhe,  
45.000 Schutzkittel, Desinfektionsmittel und Schutzbrillen zu erwerben.

Unsere Verwaltung hat hervorragende Arbeit geleistet.

Alleine darüber würde es sich lohnen, ein Buch zu schreiben.

Kolleginnen und Kollegen,  
wenn ich den Corona-Hilfsfonds  
und die vorgezogene Gehalterhöhungen für Pflegekräfte mit einrechne,  
dann investiert die **DG in diesem Jahr**  
**etwa 38,5 Millionen EUR in konkrete Hilfsmaßnahmen.**

Das ist einzigartig in der Geschichte unserer Gemeinschaft.

Und ja, wir stehen zu diesen Investitionen!

Unsere Devise ist immer gewesen:  
in guten Zeiten sparen,  
um in schlechten Zeiten helfen zu können.

Wir leben wahrlich in schlechten Zeiten.

Das sind Zeiten, in denen wir helfen müssen.

Natürlich würde sich der ein oder andere noch mehr wünschen.

Aber erstens sind wir nicht für alle Bereiche zuständig.

Unsere Maßnahmen können die Maßnahmen anderer Entscheidungsebenen nur ergänzen; sie können sie nicht ersetzen.

Und zweitens sind unsere Handlungsmöglichkeiten nicht unbegrenzt.

Wir müssen darauf achten, dass wir unsere Maßnahmen auch tatsächlich finanzieren können, ohne künftigen Generationen unzumutbare Lasten aufzubürden.

Massiv sinkende Einnahmen auf der einen Seite, gigantische Hilfspakete auf der anderen Seite; da tut sich eine Schere auf, die wir uns heute dank der umsichtigen Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte leisten können.

Aber wir dürfen nicht dauerhaft Defizite und wir dürfen nicht unbegrenzt Schulden machen.

Deshalb müssen wir nach dieser Phase der unmittelbaren Hilfen wieder daran arbeiten, unseren Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen.

Zunächst den laufenden Haushalt; und dann den Gesamthaushalt.

Wir gelten seit Jahren als finanzpolitischer Musterschüler in Belgien.

Das wollen wir bleiben.

Womit ich beim **zweiten Baustein** unserer angepassten finanzpolitischen Strategie angekommen bin.

**Wir wollen den laufenden Haushalt unserer Gemeinschaft  
möglichst schnell,  
möglichst noch in dieser Legislaturperiode;  
spätestens aber zu Beginn der nächsten Legislaturperiode  
wieder ins Gleichgewicht bringen.**

Und zwar ohne dabei wichtige Dienstleistungen in Gefahr zu bringen  
und ohne die Konjunktur abzuwürgen.

**Das ist keine einfache; aber es ist eine lösbare Aufgabe.**

Die tausenden Selbstständigen und Betriebe  
werden nach dieser Krise Aufträge brauchen,  
um aus der Talsohle einer Negativspirale wieder herauszukommen.

Von der Frage, ob es gelingt,  
die Konjunktur wieder hochzufahren,  
hängt auch die Einnahmenentwicklung unserer Gemeinschaft ab.

Der Staat darf in den kommenden Jahren  
nicht auf die Investitionsbremse treten;  
ansonsten werden unsere Einnahmen weiter zurückgehen.

**Wir müssen also in den kommenden Jahren verstärkt  
in Zukunftsprojekte investieren,  
...nicht alleine um zu investieren  
und nicht in egal welches Projekt.**

Aber da,  
wo es begründete Bedürfnisse gibt;

da wo wir unsere Lebensperspektiven gezielt verbessern können,  
da sollten wir Investitionen vorziehen.

Wir denken da nicht zuletzt an den Klimaschutz.

Das Thema hat sich ja mit der Coronakrise nicht erledigt.

Die klimapolitische Herausforderung bleibt bestehen.

Wir werden deshalb unsere Investitionen  
in Energiesparmaßnahmen  
erhöhen.

Darüber werden wir uns in der nächsten Plenarsitzung unterhalten.

Zum Beispiel wollen wir die *energetische Sanierung  
von Wohnungen* massiv vorantreiben.

Durch die Übertragung des Wohnungsbaus an die DG  
ergeben sich für uns völlig neue Handlungsmöglichkeiten.

Die wollen wir nutzen  
und der neu zu gründenden Wohnungsbaugesellschaft  
kurzfristig *30 Millionen EUR*  
für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen  
– vorwiegend in Form von Zuschüssen und langfristigen Darlehen.

Dadurch können wir eine wirksame und schnelle Hebelwirkung erzielen.

Wir bereiten derzeit z.B. auch ein Investitionsprogramm  
für die Gemeinschaftszentren vor,  
insbesondere für das Zentrum *Worriken*.



Da gibt es, wie wir wissen,  
großes Energieeinsparpotential,  
wenn wir jetzt investieren.

Wenn über Zukunftsinvestitionen gesprochen wird,  
denken wir natürlich auch an unsere Krankenhäuser  
und den gesamten Bereich der Seniorenpflege.

Wir wollen in diese Einrichtungen verstärkt investieren  
und beispielsweise den Ausbau von Plätzen in den APH vorantreiben.

Wir halten unter anderem an unserer Bereitschaft fest,  
das umfangreiche Projekt des Seniorenheims  
und des Krankenhauses in St. Vith zu verwirklichen.

Wir denken auch an den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote  
und die Umsetzung unseres Masterplans.

Das RZKB hat hierzu zusammen mit INTEGO  
interessante Vorschläge gemacht.

Wir werden diese Bemühungen unterstützen.

Man kann nicht über Zukunft reden,  
ohne an die Bildung von Kindern und Jugendlichen zu denken.

Deshalb werden wir auch an den geplanten Investitionen  
in das 2. Schulbauprogramm  
und andere große Schulbauvorhaben  
wie z.B. in Herbesthal festhalten.

Wir werden die notwendigen Finanzmittel bereitstellen,  
um diese und andere Schulprojekte verwirklichen zu können.

Diese Investitionen liegen auch aus finanzpolitischen Gründen im ureigenen Interesse unserer Gemeinschaft.

Sie dienen den Menschen, die hier leben.

Um das alles tun zu können, werden wir ab sofort **Zukunftsinvestitionen langfristig abschreiben**, so wie es in der privaten Wirtschaft üblich ist.

Wir greifen also ab jetzt auf die Technik der SEC-Neutralisierung zurück, so wie das alle anderen belgischen Gliedstaaten schon seit Jahren tun.

Gleichzeitig werden wir die **fakultativen Ausgaben in unserem Haushalt noch konsequenter kürzen**.

Wir haben durch den Prozess der Durchforstung in der Vergangenheit bereits zwischen 4 und 7 Millionen EUR pro Jahr eingespart.

Diese Anstrengungen werden wir noch einmal erweitern.

Und ja, wir werden, wie angekündigt, eine **umfangreiche Verwaltungsreform** durchführen.

Corona hat diesen Prozess verlangsamt, aber nicht aufgehoben.

Uns ist bewusst, dass die Neutralisierung von Investitionen womöglich nicht ewig erlaubt wird.

Davon müssen wir ausgehen.

Und wir dürfen auch nicht unbegrenzt Schulden aufnehmen.

Deshalb ist es notwendig,

**den Gesamthaushalt wieder ins Gleichgewicht  
zu bringen,**

so wie uns das in den letzten Jahren vor Corona gelungen ist.

Das ist der **dritte Baustein** unserer Finanzstrategie.

Wir wollen und wir werden den Gesamthaushalt unserer Gemeinschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Natürlich nicht sofort.

Aber wir werden in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen dafür schaffen, das Ziel eines ausgeglichenen Gesamthaushaltes bereits in der kommenden Legislaturperiode wieder erreichen zu können.

Wie viele Schulden wir bis dahin aufnehmen sollten, ist eine berechnete Frage.

Wenn man den Wirtschaftswissenschaftlern zuhört, ist die Antwort darauf aber ziemlich komplex, widersprüchlich und mitunter sogar philosophisch.

Viele machen den Vergleich mit dem BIP.

Das BIP der DG beträgt etwa 2,2 Milliarden EUR.

Wir haben heute Schulden in Höhe von 460 Millionen EUR.

Diese Schuld ist übrigens im vergangenen Jahr virtuell angestiegen, weil wir die Schulden der WR für den Wohnungsbau übernommen haben. Dieser Schuld steht eine Forderung in derselben Höhe gegenüber.

Vergleicht mit unseren heutigen Schuldenstand mit dem BIP in der DG, dann liegen wir bei 35 %.

Das ist im nationalen und im internationalen Vergleich ein guter Wert.

Da gibt es selbst nach den strengen Maastrichtkriterien noch viel Luft nach oben.

Ob aber das BIP in unserem Fall die richtige Referenz ist, darüber kann man trefflich streiten.

Ein anderer möglicher Vergleichswert für die Bewertung unserer Schuld ist das Volumen des Gesamthaushaltes.

In der Vergangenheit wurde immer wieder gesagt, dass die DG nicht mehr Schulden machen solle, als das Doppelte seines Jahreshaushaltes.

Demnach dürfte unsere Schuld heute

die Marke von 800 Millionen EUR  
nicht überschreiten.

Da wir heute bei 460 Millionen liegen,  
gäbe es auch nach diesem Kriterium  
noch viel Luft nach oben.

Sicher ist,  
dass wir uns eine Neuverschuldung leisten können.

Und zwar  
weil wir in der Vergangenheit  
nie Schulden für laufende Ausgaben gemacht haben,  
weil wir keinen Schneeballeffekt befürchten müssen  
und weil es uns in den letzten Jahren gelungen war,  
den gesamten Haushalt strukturell ins Gleichgewicht zu bringen.

Entscheidend  
bei der Bewertung von Schulden  
war und ist und bleibt,  
wofür Schulden gemacht werden.

Es war, ist und bleibt zulässig,  
für wichtige Investitionen in Zukunftsinfrastrukturen  
Kredite aufzunehmen.

Als DG haben wir  
seit Verabschiedung des Infrastrukturdekretes  
fast 900 Millionen in Infrastrukturen investiert,  
vorwiegend in Schulen, Krankenhäuser und Altenheime.

Hierfür haben wir 450 Millionen Schulden gemacht.

Wir haben also knapp die Hälfte unserer Investitionen  
in Zukunftsinfrastrukturen  
ohne Kreditaufnahmen,  
also aus Eigenmitteln finanziert.

Das ist ein sehr guter Wert.

Auch im Vergleich zur Privatwirtschaft.

Da können Sie jeden Finanzexperten fragen.

Ich rege an,  
uns im zuständigen Ausschuss  
intensiv mit folgenden 3 Fragen zu beschäftigen:

Erstens wie viele Investitionen wollen wir  
kurz-, mittel- und langfristig in welche Zukunftsbereiche tätigen?

Zweitens über welchen finanzpolitischen Weg wollen wir das tun?

Drittens wie können wir die Investitionsfähigkeit  
unserer Gemeinschaft  
dauerhaft absichern?

Wir hatten vor der Coronakrise konstruktiv  
mit diesen Beratungen begonnen.

Diese Diskussion sollten wir nun fortsetzen.

Kolleginnen und Kollegen,

die Coronakrise stellt uns  
zweifelsohne vor eine **sehr große finanzpolitische Herausforderung**.

Ohne Frage...

Wir verlieren Einnahmen in einem (in Friedenszeiten)  
nie für möglich gehaltenen Ausmaß.

Trotzdem wäre ein brutaler Sparkurs  
die schlechteste aller Antworten auf diese Krise.

Wir müssen stattdessen antizyklisch handeln.

Wir müssen den Menschen helfen  
und in unseren Standort investieren,  
wenn wir auch nach der Krise  
in einer lebenswerten Region leben wollen.

Gleichzeitig brauchen wir  
eine angepasste finanzpolitische Strategie,  
um wieder zu unserem Haushaltsgleichgewicht zurückzufinden.

Die Regierung hat eine solche Strategie erarbeitet  
und wird sie in den kommenden Wochen verfeinern.

**Wir können uns die heutigen Hilfspakete finanzpolitisch leisten,  
weil wir in den vergangenen Jahren unseren Haushalt  
strukturell ins Gleichgewicht gebracht hatten  
und weil unsere heutige Verschuldung absolut verkraftbar ist.**

Der Weg aus der Krise wird kein einfacher sein.

Das stimmt.

Aber wie ich schon bei der Haushaltsvorstellung gesagt habe:

Ich traue uns zu,  
unsere angepassten finanzpolitischen Ziele zu erreichen,  
und zwar ohne unverträgliche Sparmaßnahmen.

Ich traue uns zu,  
die Lebensqualität in Ostbelgien zu bewahren  
und nach der Krise neue Lebensperspektiven zu entwickeln.

Ich wollen weiterhin  
verändern um zu bewahren;  
und reformieren um zu verbessern.

Deshalb halten wir trotz Krise  
an all jenen Projekten unseres Regierungsprogramms fest,  
die genau diesem Ziel dienen.

Dieses Programm wird derzeit überarbeitet,  
um den neuen Entwicklungen Rechnung zu tragen  
und die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen.

Darauf werde ich in unserer Regierungsmitteilung im Juli eingehen.

Fest steht:

Wir werden diese Krise überstehen, auch finanzpolitisch!

Lasst uns gemeinsam,  
entschlossen und ergebnisorientiert daran arbeiten,



im Interesse und zum Wohle aller Menschen,  
die hier leben!